

Italien fehlt der Wille zu echten Reformen

Protektionistische Regungen in der Regierung Berlusconi

Italiens Regierung hat am Freitag ein wenig liberales «Reformpaket» geschnürt. Angestrebt werden auch Schritte gegen Marken- und Produktfälscher sowie gegen die stark gestiegenen Textilwarenlieferungen aus China. Die Forderung nach Antidumpingzöllen wurde jedoch zurückgewiesen, weshalb die Lega Nord gegen das Paket stimmte.

Tz. Rom, 11. März

Nach mehrmonatigen Diskussionen, doch noch rechtzeitig vor den wichtigen Regionalwahlen von Anfang April hat die Regierung Berlusconi am Freitag ein Massnahmenpaket geschnürt, das der «Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit» der italienischen Wirtschaft dienen soll. Dabei wurden auch verschärfte Schritte gegen Marken- und Produktfälscher beschlossen, und die Regierung will sich in Brüssel auch für eine neue Kontingentierung chinesischer Textillieferungen einsetzen. Nicht übernommen wurde dagegen die Forderung nach weiterreichenden Antidumpingzöllen, weshalb die rechtspopulistische Lega Nord, die viertgrösste Regierungspartei, gegen das ganze Paket stimmte. Dass die italienische Wirtschaft auch 2004 nur unterdurchschnittlich, nämlich um real 1,2%, expandierte, gab das Statistikamt Istat ebenfalls am Freitag bekannt. Demgegenüber hatten die USA bereits wieder ein Wachstum von 4,4% hingelegt, und selbst die Franzosen und Deutschen schnitten mit Raten von 2,5% und 1,6% immer noch besser ab, wie Istat vermerkte.

«Dekret der Illusionen»

In dem von der Regierung erlassenen Dekret sowie in einem zusätzlich beschlossenen Gesetzesentwurf sind etliche Initiativen enthalten. Sie betreffen unter anderem auch eine Reform des bisher weit zu kostspieligen Konkursrechts, eine gewisse Lockerung des Systems der Berufsordnungen, eine Beschleunigung der Liberalisierung im Energiesektor sowie diverse Steueranreize für die Beschäftigung neuer Mitarbeiter, für innovative oder neue Unternehmen oder für Fusionen in der als zu stark fragmentiert geltenden Firmenlandschaft. Damit wurden zwar gewisse einige wunde Punkte der italienischen Wirtschaft berührt. Doch bei genauerer Betrachtung entpuppen sich die Massnahmen entweder als halbhatzig, viel zu zaghaft oder als nachgerade dirigis-

Verschärftes Konkursgesetz nimmt die Hürde im US-Senat

Inkraftsetzung praktisch sichergestellt

Sna. Washington, 11. März

Der amerikanische Senat hat einer partiellen Revision der Konkursgesetzgebung mit deutlichem Mehr zugestimmt und damit eine weitere Hürde auf dem Weg zur Realisierung einer seit beinahe acht Jahren debattierten Reform genommen (vgl. NZZ vom 9. 3. 05). Die Vorlage wird es konkursiten Privatpersonen künftig erschweren, sich ungesicherter Schulden ohne jegliche Rückzahlung zu entledigen. Wer etwa über ein Jahreseinkommen verfügt, das den Median-Wert des Wohnsitz-Gliedstaates übersteigt, kann künftig unter Umständen dazu gezwungen werden, seinen Antrag auf Insolvenz und den damit einhergehenden Gläubigerschutz gemäss Kapitel 13 der Konkursgesetzgebung abzuwickeln. Damit eröffnet sich dem zuständigen Konkursrichter die Möglichkeit, dass er dem Schuldner einen mehrjährigen Rückzahlungsplan auferlegt. Einer solchen Anordnung suchten sich dabei in der Vergangenheit viele um Gläubigerschutz bemühte Privatpersonen zu entziehen, indem sie ihr Gesuch unter den weniger strengen Bestimmungen des Kapitels 7 einzureichen pflegten. Mit der noch ausstehenden Gutheissung durch das Repräsentantenhaus, das einer weitgehend identischen Vorlage schon Anfang letzten Jahres zugestimmt hatte, wird für die allernächste Zeit fest gerechnet. Präsident Bush hat seinen Segen zur Reform ebenfalls schon signalisiert.

tisch, wenn nicht gar als letztlich strukturerhaltendes Gemisch aus der Subventions-Giesskanne.

Der Bocconi-Professor Francesco Giavazzi monierte denn auch in einem ersten Kommentar, dass ein «Dekret der Illusionen» verabschiedet worden sei. Tatsächlich sind auch die anvisierten Liberalisierungen oberflächlicher Art. Das System der Berufsordnungen, das praktisch ein zum Teil geradezu groteskes staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm für Ärzte, Anwälte, Buchhalter, Ingenieure usw. darstellt, bleibt weitgehend intakt, sieht man etwa davon ab, dass beim Verkauf eines Gebrauchtwagens fortan nicht mehr ein Notar erforderlich sein soll. Das Gleiche gilt erst recht für den Energiemarkt, der weiterhin von staatlich kontrollierten Grosskonzernen beherrscht bleiben dürfte. Grundsätzlich zu denken gibt aber auch die Fortführung der erheblichen Steuernachlässe für die Neueinstellung von Personal. Das Programm war notabene eine «Erfindung» der früheren Mitte-Links-Regierung.

Intensives Lobbyieren der Sozialpartner

Die Regierung Berlusconi reagierte mit dem Massnahmenpaket auf eine weitverbreitete Krisenstimmung. Die Arbeitgeber wie auch die Gewerkschaften bekunden bereits seit langem ihre grosse Befürchtung, dass Italien ohne Gegensteuer weiterhin weniger stark als die anderen Industrieländer wachsen und zusätzliches Terrain im Welthandel verlieren wird. Mit der ihnen eigenen Widersprüchlichkeit demonstrierten am Freitag auch die Arbeiter von Fiat dieses Unbehagen. Sie legten den gesamten Betrieb acht Stunden lang lahm, um ihrer Sorge über die Zukunft des Unternehmens Ausdruck zu verleihen.

Die Sozialpartner hatten der Regierung in den letzten Monaten vorgeworfen, zu wenig für den

Unternehmenssektor unternommen zu haben. Berlusconi konnte bisher wegen der mangelnden Spardisziplin nicht nur bloss minime Steuer-senkungen versprechen, sondern er hat sich erst noch auf eine Entlastung der Familieneinkommen konzentriert. Dass dieses intensive Lobbyieren bei einer ohnehin immer wieder dem Populismus zuneigenden Regierung nicht ein liberales Grand Design hervorbringen konnte, versteht sich von selbst. Immerhin bleibt der Trost, dass das neue Programm, das für den Zeitraum 2005 bis 2007 Mittel in der Höhe von 3,8 Mrd. € mobilisieren soll, weitgehend durch Budgetumschichtungen finanziert wird und nur Mehrausgaben von 180 Mio. € einschliesst, wie die vom Arbeitgeberverband herausgegebene Wirtschaftszeitung «Il Sole 24 Ore» wohl bedauernd feststellte.

Ein Land ohne neue Ideen

Dass Italien immer mehr ein Land ohne neue Ideen zu werden droht, wie Professor Giavazzi auch noch beklagte, scheint sodann der Umstand zu unterstreichen, dass in Rom kaum zweieinhalb Monate nach dem Auslaufen der Einfuhrkontingentierungen im Welthandel mit Textilien bereits wieder neue Schranken gefordert werden. Am Freitag wurde bekannt, dass die Regierung (und sie scheint in der EU nicht die einzige zu sein) bereits Briefe nach Brüssel geschickt hat, um die EU-Kommission angesichts der sprunghaft gestiegenen chinesischen Textilexporte zu Gegenmassnahmen zu bewegen (vgl. Artikel Seite 27).

Die Regierung fordert zwar nicht wie die Lega Nord Antidumping-Zölle, doch zumindest eine Anwendung des Beitrittsprotokolls, in dem den WTO-Partnern des neuen Mitglieds China die Möglichkeit zugestanden wurde, bis Ende 2008 rasch anschwellenden Warenströmen auf «unbürokratische» Weise mit befristeten Einfuhr-schranken zu begegnen. Die Regierung Berlusconi ist über den bereits vor dem Ende des Kontingentsystems starken Krebsgang in der Textil-industrie besorgt. – Letztere war jahrzehntlang staatlich gehegt und gepflegt worden. Den führenden Luxus-Modekonzernen geht es allerdings weiterhin recht gut. Sie haben ihre Produktion schon stark internationalisiert und im Reich der Mitte bereits viele neue Verkaufsstellen eröffnet.

Der Stabilitätspakt aus der Sicht der Neuen

Aufweichen ist das falsche Signal für die EU-Ostländer

Die Finanzminister der Länder der letzten EU-Erweiterung verlangen mehrheitlich ein Festhalten am bisherigen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Dies mag angesichts eigener Haushaltprobleme erstaunen. Der ungarische Ökonom Laszlo Csaba weist jedoch in einer Analyse nach, dass nur Staaten mit Haushaltsdisziplin wachsen konnten.

T. K. Wien, 11. März

Im Tauziehen um die Erneuerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes haben sich die Finanzminister der neuen mitteleuropäischen EU-Staaten mehrheitlich auf die Seite der Puristen gestellt. Auf den ersten Blick mag ihr Widerstand gegen die hauptsächlich von Berlin und Paris verlangte Aufweichung des Paktes erstaunen: Noch entsprechen nur die baltischen Staaten und Slowenien den Haushaltsdefizit-Vorgaben des Paktes; alle andern verfehlen sie geringfügig, Ungarn sogar beträchtlich.

Drohende Asymmetrie

Die neuen EU-Länder werden bei Paktverletzungen vorläufig zwar noch etwas weniger hart angefasst als die älteren Unionsmitglieder. Die Aufweichung des Paktes würde ihnen jedoch nach Ablauf der Schonfrist nicht weiterhelfen, weil sie als Nichtmitglieder des europäischen Währungsraumes verpflichtet sind, so früh wie möglich Vorbereitungen für den Beitritt zur Euro-Zone zu treffen. Um die Gemeinschaftswährung übernehmen zu können, müssen sie die Vorgaben des Vertrages von Maastricht erfüllen, und diese sehen eine «nicht diskutierbare» Defizit-Obergrenze von 3% des Bruttoinlandproduktes vor. Würde der Pakt aufgeweicht, drohte den wirt-

schaftlich schwächsten Teilen der Union somit eine klare Benachteiligung gegenüber den alten europäischen Industrienationen, die das Euro-Aufnahme-Purgatorium bereits hinter sich haben.

Die harte Haltung der mitteleuropäischen Finanzminister, die seit letztem Mai dem Ecofin angehören, mag dem Bedürfnis nach gleich langen Ellen entstammen. Der Wunsch deckt sich aber auch mit dringenden makroökonomischen Notwendigkeiten, wie der ungarische Ökonom Laszlo Csaba in seiner kürzlich vorgelegten Studie analysiert.* Csaba, Dozent an der privaten Mitteleuropäischen Universität von Budapest, weist darin eine eindruckliche Korrelation zwischen Transformationserfolg und Haushaltsdisziplin in den 28 Staaten auf, die vor rund eineinhalb Jahrzehnten das planwirtschaftliche Joch abgestreift haben. – Haushaltstabilisierung habe, so präzisiert er, zwar nicht automatisch nachhaltiges Wachstum gebracht, doch der Verzicht darauf und auf die andern normalerweise unter dem Begriff Schocktherapie subsumierten Elemente (Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Privatisierung usw.) habe nicht in einem einzigen Fall mehr Einkommen oder Wohlstand gebracht. Im Gegenteil – die Bemühungen, obsoletere Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten, hätten überall, wo sie zur

Aufruf zum Boykott von Shell in Argentinien

Eine Aktion von Präsident Kirchner

B. A. Buenos Aires, 11. März

Der Präsident Argentiniens, Néstor Kirchner, hat seine Landsleute dazu aufgerufen, die Filiale des Erdölkonzerns Shell zu boykottieren und ihr nicht eine einzige Dose Motorenöl mehr abzukufen. Shell hatte am Mittwoch die Preise für Diesel und Benzin unter Hinweis auf die hohen Weltmarktpreise des Rohöls um 4,2% und 2,6% angehoben. Andere Firmen haben bisher nicht mitgezogen. Zur selben Zeit zeichneten sich Preiserhöhungen beim Fleisch ab. In den letzten Monaten hat die Inflation in Argentinien angezogen, unter anderem wegen einiger Massnahmen der Regierung zugunsten von Arbeitnehmern im Vorfeld des Weihnachtsgeschäftes und der Sommerferien. Im Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres sind die Konsumentenpreise von 4,9% im vergangenen Juli auf 8,1% im Februar geklettert. Aktivisten nahmen den Aufruf des Präsidenten zum Anlass, Tankstellen und Bürogebäude von Shell zu belagern.

Die jüngste Entwicklung lässt ein Ende einer Phase erkennen, in der hohes Wachstum mit relativ geringer Inflation einherging. Für Sachverständige kommt dies deswegen nicht überraschend, weil aufgrund mangelnder Investitionen die Produktionskapazitäten zunehmend ausgelastet sind, gerade im Energiesektor. Zudem ist Energie zu billig, gemessen an den Exportpreisen. Kirchner hatte angekündigt, er sei nicht gewillt, grosse Preissteigerungen hinzunehmen. Er fordert von den Unternehmern «Solidarität mit dem Volk». Diese Art Wirtschaftspolitik verheisst eine verschärfte Konfrontation mit jenen – meist von europäischem Kapital kontrollierten – Firmen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen. Sie fordern Tarifierhöhungen als Gegenleistung zu Investitionen ein. Kirchner richtete ihnen kürzlich aus, sie könnten aus Argentinien abziehen, wenn sie sich nicht anzupassen vermöchten.

vernichtet. Jene hingegen, schreibt Csaba, die es verstanden haben, die Löhne tief zu halten und ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen, haben das zum Ende der kommunistischen Ordnung bestehende Wohlstandsniveau schon vor Jahren deutlich überrundet.

Osteuropa als Vorbild?

Csaba kann mit dem aus Paris und Berlin vorgebrachten Argument, der rigide interpretierte Stabilitäts- und Wachstumspakt verhindere Wachstum, denn auch überhaupt nichts anfangen. Das Gegenteil sei der Fall, argumentiert er hauptsächlich mit Hinweisen auf die Nachteile, die dem produktiven Sektor auf den Finanzmärkten durch die Konkurrenz kapitalhungriger Staaten erwachsen. Dies freilich sind Erkenntnisse, die auf europäischer Ebene schon bei der Vorbereitung der Lissabonner Agenda zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Union ausführlich erörtert wurden. Csaba ist denn auch erstaunt darüber, dass jetzt auf Verlangen einiger Defizitsünder wieder darüber diskutiert werden muss. Als ob, so stützt er, nicht schon genügend klar belegt sei, dass dauerhaftes Wachstum mit hoher oder nur schon mässiger Inflation unmöglich sei.

Dafür mag es ihm ein Trost sein, dass die Neuen in der EU das schlechte Beispiel von Deutschland und Frankreich zumindest vorläufig nicht wie befürchtet nutzen, um es mit der eigenen Haushaltsdisziplin nun ebenfalls weniger ernst zu nehmen. Im Gegenteil, die Defizite in den Finanzrechnungen der meisten Erweiterungsstaaten scheinen sich gegenwärtig tendenziell weiter abzubauen. Der klare Stimmungsbezug der östlichen Finanzminister in der Auseinandersetzung um den Stabilitäts- und Wachstumspakt lässt hoffen, dass es sich dabei nicht nur um einen Zufallstreffer, etwa die Folge der starken Aufwertungs-tendenzen der letzten Monate, handelt.

* Laszlo Csaba: The New Political Economy of Emerging Europe. Akademiai Kiado, Budapest 2005.



Peter Cincotti, Singer/Pianist, presents Ermenegildo Zegna Trofeo multistriped suit and artisan shoes



Ermenegildo Zegna

GRIEDER
LES BOUTIQUES
BON GENIE

Zürich Bahnhofstrasse Lugano Via Nassa Genève Place du Molard Lausanne Place St-François
www.zegna.com